



30 Monate CDU-SPD-Koalition: Halbzeitbilanz der LINKEN

DIE LINKE.

Fraktion im Landtag von
Sachsen-Anhalt

Inhalt

30 Monate CDU-SPD-Koalition: Halbezeitbilanz der LINKEN Seite 3

Bilanz der CDU-SPD-Regierung: Unter DurchschnittSeite 4

Landesregierung und Koalition: Blicke ins InnenlebenSeite 6

Alternativen der LINKEN: Eine politische BilanzSeite 13

Mitglieder der Fraktion DIE LINKE. im Landtag von Sachsen-Anhalt, SprecherInnenfunktionSeite 19

Impressum

Herausgeber: Fraktion DIE LINKE. im Landtag von Sachsen-Anhalt, Domplatz 6-9, 39 104 Magdeburg

V.i.S.d.P: Dr. Thomas Drzisga

Titelbild: Andrea Johlige

Bilder: Mario Grünewald S. 3, S. 7 (rechts), S. 8 (rechts), S. 10 (rechts), S. 13, S. 14, S. 17
Andrea Johlige S. 6, S. 7 (links), S. 11, S. 18
Ehrhard Dornbusch S. 10 (links)
Marco Barnebeck/PIXELIO S. 8

Satz & Gestaltung: dezn : johlige

Druck: Laserline

Auflage: 6000 Stück

Oktober 2008

30 Monate CDU-SPD-Koalition: Halbzeitbilanz der LINKEN



Im Oktober 2008 hat die Koalition von CDU und SPD die erste Hälfte dieser Legislaturperiode verbraucht. Dies ist für uns als Oppositionsführerin Anlass, Bilanz zu ziehen über die Arbeit dieser Koalition. Bilanz zu dem, was letztlich bei den Menschen in Sachsen-Anhalt davon ankommt und zu dem, was wir in der Legislatur bisher geleistet haben.

Wir gehen dabei von der Sicht der Bürgerinnen und Bürger auf Politik in unserem Lande aus. Die ist bekanntermaßen außerordentlich kritisch. An der Landtagswahl 2006 nahm nur noch eine Minderheit von 46 Prozent der Wahlberechtigten teil. Der Sachsen-Anhalt-Report aus dem Jahr 2007 legte die Ursachen dafür offen: Viele Menschen haben das Vertrauen in die Gestaltungsfähigkeit von Politik verloren, sie bezweifeln, dass es den Politikerinnen und Politikern ernst damit ist, die Menschen in Sachsen-Anhalt zu verstehen und ihre Probleme überhaupt lösen zu wollen. Auch die geringe Beteiligung bei den Kommunalwahlen in Sachsen-Anhalt 2007 und 2008 lassen vermuten, dass sich an diesen substanziellen Problemen bisher nichts geändert hat. Wir vertreten die Meinung, die jetzige Koalition von CDU und SPD hat daran einen großen Anteil.

Trotzdem kann man sich seit Beginn der Legislaturperiode in den Medien des Landes vor Erfolgsnachrichten kaum retten. Viele Menschen in Sachsen-Anhalt, die mit sinkenden Realeinkommen auskommen müssen, reiben sich verwundert die Augen und müs-

sen sich fragen, ob sie denn in dem selben Land wohnen, das ihnen da in Zeitungen und Rundfunk beschrieben wird.

Ohne Zweifel hat die Koalition von CDU und SPD Glück damit, dass sich die wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik, in Europa und auch im globalen Maßstab bisher wenigstens teilweise in einer Phase der Konjunktur befand. Sinkende Arbeitslosigkeit, wenn auch teilweise durch die Ausweitung des Niedriglohnssektors erkauft, kennzeichnet diese Entwicklung ebenso wie steigende Steuereinnahmen, die den Haushalten von Land und Kommunen zugute kommen.

Was aber von dieser Entwicklung ist nun Verdienst der jetzigen Koalition? Dieser Frage widmen wir uns im nächsten Abschnitt dieser Bilanz.

In einem weiteren Teil beleuchten wir den inneren Zustand der Koalition von CDU und SPD, einer Koalition ohne gemeinsame inhaltliche Basis. Kaum ein wichtiges Projekt geht ohne öffentliches Hauen und Stechen ab. Im Landtag gewinnt man nicht selten den Eindruck, dass in Abhängigkeit davon, um welche Ministerinnen oder Minister es gerade geht, sich entweder CDU oder SPD gleich mit zur Opposition rechnen.

Aber auch die Auseinandersetzungen in den Koalitionsparteien gehören dazu. Äußerungen des Ministerpräsidenten im Juni diesen Jahres zu Wünschen in seiner eigenen Partei, die seine Person betreffen, belegen das recht drastisch.

Und eben dieser Ministerpräsident verdient noch einmal eine besondere Beachtung. Als „Garant“ gestartet, benennt er nach einem Jahr der Legislaturperiode seinen möglichen Nachfolger und dementiert das recht schnell, so wie er viele Dinge im nachhinein dementiert. Nur leider eine Äußerung nicht, nämlich die, dass Kindstötungen im Osten Ergebnis der Sozialisation von Frauen in der DDR sind.

Schließlich verweisen wir auf unsere eigene Arbeit, unsere eigenen Konzepte, Projekte und Alternativen.

Wir freuen uns, wenn Sie diese Bilanz als Anregung verstehen, mit uns gemeinsam über die Zukunft unseres Landes Sachsen-Anhalt nachzudenken.

Wulf Gellert

Bilanz der CDU-SPD-Regierung: Unter Durchschnitt

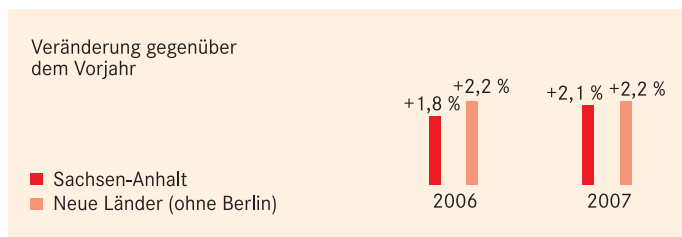
Wenn Vertreterinnen und Vertreter der Koalition von CDU und SPD befragt werden, wie sie die beiden letzten Regierungsjahre einschätzen, kommt immer wieder das Argument der herausragenden wirtschaftlichen Entwicklung im Lande. Dabei vergessen gerade die größten Verfechter der Marktwirtschaft recht häufig, dass die wirtschaftliche Entwicklung zuerst von den Beschäftigten und den Unternehmen des Landes bestimmt wird. Die Landespolitik hat darauf nur einen sehr beschränkten Einfluss.

Trotzdem sind auch Vergleiche zur wirtschaftlichen Entwicklung durchaus interessant, will man herausfinden, wie sich die Entwicklung in Sachsen-Anhalt darstellt. Dabei nehmen wir Bezug auf die fünf neuen Flächenländer, da hier die Ausgangssituation ähnlich ist. Wichtig sind uns dabei die Daten, die die gesamte Situation des Landes und seiner Bevölkerung darstellen, nicht nur – wie bei der Landesregierung – die Schokoladenseiten Sachsens-Anhalts.

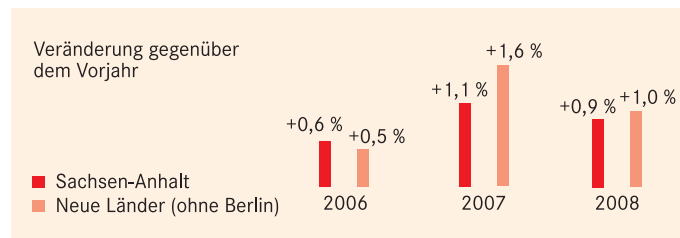
Diese Vergleiche fördern eine erstaunliche Tatsache zu Tage: Die konjunkturelle Entwicklung war bei fast allen wichtigen Kennziffern in Sachsen-Anhalt schwächer als im Durchschnitt der neuen Bundesländer. Und noch ein Problem tritt deutlich zu Tage: Sachsen-Anhalt ist das Land im Osten, das von Abwanderung am stärksten betroffen ist. Dadurch werden die Zukunftschancen unseres Landes stärker belastet als durch die finanziellen Schulden des Landes.

Wir wissen, dass all diese Dinge durch Landespolitik nur langfristig und im beschränkten Maße beeinflussbar sind. Aber wenn die Koalition ihrerseits über die wirtschaftliche Entwicklung jubelt und sie als eigenen Verdienst darstellt, dann sprechen wir unsererseits über die Realitäten.

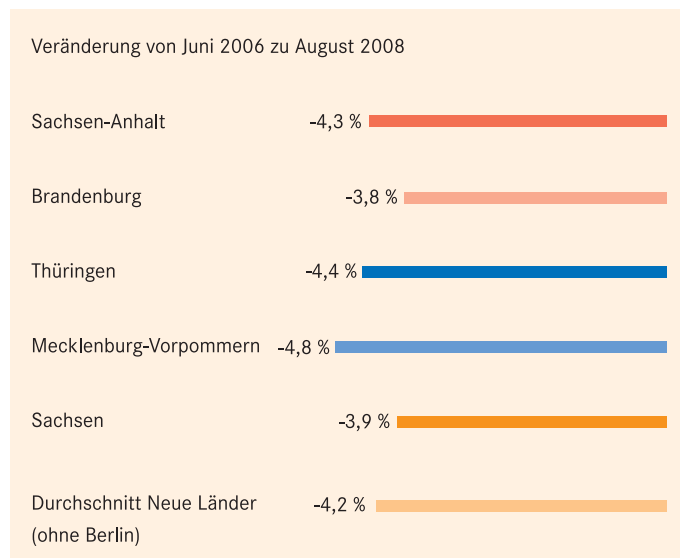
Wirtschaftswachstum real (preisbereinigt/verkettet): Sachsen-Anhalt unter Durchschnitt¹



Zahl der Erwerbstätigen: Sachsen-Anhalt insgesamt unter Durchschnitt²



Entwicklung der Arbeitslosenquote: Reduzierung leicht über dem Durchschnitt³



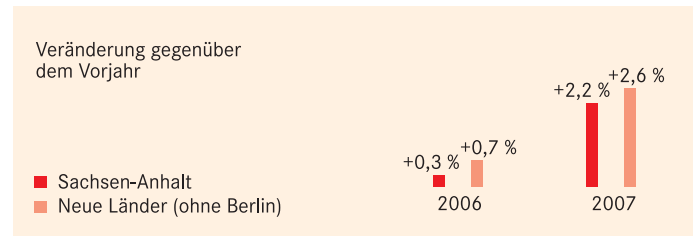
Während Sachsen-Anhalt bei der Entwicklung der Zahl der Erwerbstätigen geringere Erfolge als der Durchschnitt der anderen ostdeutschen Flächenländer aufweist, sieht die Bilanz bei der Arbeitslosenquote etwas besser aus. Dafür gibt es eine Reihe von Ursachen. Eine davon ist der auch im Vergleich zu den anderen ostdeutschen Flächenländern stärkere Trend zur Abwanderung, die zum großen Teil den Verlust junger und gut qualifizierter Menschen zur Folge hat.

Abwanderung: Sachsen-Anhalt hat die Rote Laterne⁴

Wanderungssalden (Zuzüge minus Fortzüge)

	2006	2007	2006+2007 % der Bevölkerung
Sachsen-Anhalt	-15.726	-17.508	1,37
Brandenburg	- 3.293	-3.968	0,28
Thüringen	-14.270	-13.310	1,20
Mecklenburg-Vorpommern	- 8.858	-9.279	1,08
Sachsen	-8.310	-11.147	0,46
Durchschnitt Neue Länder (ohne Berlin)			0,87

Sachsen-Anhalt ist also das Land, das in den letzten beiden Jahren den größten Wanderungsverlust zu erleiden hatte. Aus unserer Sicht ist dieses Problem bei der Koalition nicht wirklich angekommen. Ansonsten würde man zum Beispiel den Stellenabbau im Öffentlichen Dienst nicht in der praktizierten Art und Weise betreiben, weil auch in diesem Bereich fehlende Neueinstellungsmöglichkeiten Abwanderung beschleunigen. Darüber hinaus gibt es weitere Gründe, die die Abwanderung aus Sachsen-Anhalt verursachen. Aus unserer Sicht zählt dazu, dass bei den Menschen in Sachsen-Anhalt von der Wirtschaftsentwicklung zu wenig ankommt.

**Arbeitnehmerentgelt-Entwicklung Sachsen-Anhalt:
Wieder unter Durchschnitt⁵**

Das bedeutet, die Löhne in Sachsen-Anhalt haben sich in diesen beiden Jahren im Vergleich zum Durchschnitt in den neuen Ländern schwächer entwickelt. Dazu passt noch ein weiterer Zahlenvergleich: Im Jahr 2006 ist in Sachsen-Anhalt das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte nur um 0,2 % gestiegen. Im Durchschnitt der neuen Länder waren das immerhin 0,8 % (Quelle: Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt, PM 56/2008 vom 18.04.2008, www.stala.sachsen-anhalt.de). Sicherlich kann auch hier Landespolitik nicht alles beeinflussen. Aber gerade vor dem Hintergrund dieser Zahlen und vor dem Hintergrund des riesigen Abwanderungsproblems muss sich Sachsen-Anhalt eindeutig und klar für eine Mindestlohn-Regelung von 8 Euro pro Stunde aussprechen. Doch auch dazu ist die Koalition von CDU und SPD nicht in der Lage.

1 Quelle: AK „VGR der Länder“

2 Quelle: Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt (PM 42/2007, vom 21.03.2007, PM 35/2008 vom 13.03.2008, PM 91/2008 vom 19.06.2008), (www.stala.sachsen-anhalt.de)

3 Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Statistik, Arbeitsmarktzahlen - Länderbericht - August 2006 und August 2008 (www.pub.arbeitsamt.de)

4 Quelle: Statistisches Bundesamt (GENESIS Bund und Länder)

5 Quelle: Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt (PM 51/2007 vom 05.04.2007 und PM 46/2008 vom 04.04.2008), (www.stala.sachsen-anhalt.de)

Landesregierung und Koalition: Blicke ins Innenleben

Der Mangel der CDU-SPD-Koalition an inhaltlichen Gemeinsamkeiten ist ein unerschöpflicher Quell für Konflikte, für offenen Streit, die interessierte Öffentlichkeit kann oftmals nur noch staunen. Alle Kombinationen sind möglich, und sie tauchen auch alle auf: Fraktion gegen Fraktion, die eine oder die andere Fraktion gegen die eine Ministerin oder den anderen Ressortchef, Minister gegen Minister, unabhängig von der Parteizugehörigkeit. Ein Prima-Klima-Club jedenfalls sieht anders aus. Bezeichnend dabei ist, wie machtbewusst die CDU auftritt und wie beharrlich die SPD immer wieder von eigenen Positionen abrückt, mag sie es auch völlig anders darstellen. Vieles wäre hier berichtenswert: Ein Flughafen Cochstedt, der sich von Bruchlandung zu Bruchlandung schleppt und dabei schon 60 Mio. Euro verschlungen hat, ein versandendes Projekt Bürgerarbeit, das einst so hoffnungsvoll begann, Schulgesetzänderungen, die im Leben nichts Gutes bewirkt haben, Informationsfreiheit, die zur Farce degeneriert.

Die Liste ist so unvollkommen wie die folgenden beispielhaften Themen. Gemeinsam haben sie eines: Der Mehltau, den diese Koalition verbreitet, war vor der Wahl im Jahr 2006 mit der Festlegung der SPD auf die CDU programmiert, und er kam zeitig.

Dauerchaos Gemeindegebietsreform

In der Koalitionsvereinbarung liest es sich ganz trocken: „Ziel ist, im Rahmen einer Freiwilligkeitsphase bis zu den Kommunalwahlen 2009 flächendeckend Einheitsgemeinden zu bilden. Kommt es dazu nicht, ist noch im Laufe dieser Legislaturperiode die gesetzliche Einführung von Einheitsgemeinden zum 1. Juli 2011 vorzunehmen.“

Aber bereits im *Mai 2006* stellt die CDU klar: „Eine 1:1-Übertragung der bestehenden Verwaltungsgemeinschaften in Einheitsgemeinden kann und wird es mit der CDU-Landtagsfraktion nicht geben.“

Februar 2007, CDU und SPD verkünden gemeinschaftlich: „Beratungsrunde zu Einheitsgemeinden – Auf gutem Weg“.

Nur *Tage später*: „SPD-Fraktion beschließt Aussetzung der Arbeitsgruppe zur Einheitsgemeinde“. Ihr Lieblingskind ist in Gefahr.



Wochen später ein neues Zauberwort: Die Verbandsgemeinde soll neben der Einheitsgemeinde zulässig sein und alle Probleme aus der Welt schaffen.

Anfang Juli 2007 der nächste Vorwurf aus der CDU: „Trotz anders lautender Aussagen in der Öffentlichkeit tritt die SPD bei der Lösung der Stadt-Umland-Frage kräftig auf die Bremse. Dadurch wird die von der CDU gewünschte Zusammenarbeit von Oberzentren und Umlandgemeinden in Zweckverbänden verzögert.“

Mitte Juli 2007 vorläufige Entwarnung, die SPD begrüßt „Ende der Spekulationen“, Innenminister Hövelmann erklärt: „Jetzt können wir wieder zu einer vernünftigen sachlichen Zusammenarbeit zurückkehren.“ Was also auch nach seiner Einschätzung bis dahin nicht möglich war.

Ende November 2007 schließlich die SPD mit dem Charme des Bettvorlegers: „Mit der Einigung geht ein langer Diskussionsprozess um die Gemeindegebietsreform zu Ende. Damit steht ein wichtiges Projekt dieser Legislaturperiode kurz vor dem erfolgreichen Abschluss.“

Doch Gefahr droht aus anderer Richtung. Eine Volksinitiative erwehrt sich der flächendeckenden Einführung von Einheitsgemeinden, sie klagt vor dem Landesverfassungsgericht, so wie auch die FDP.

Zitat eines CDU-Fraktionsvize im *September 2008*: „Es gibt einige CDU-Abgeordnete, die hoffen, dass die Reform kippt.“ Von wegen Projekt vor Abschluss – was für eine Koalition!

Der Ausgang ist so offen wie die künftige Gemeindestruktur im Lande – eine wahrlich sehenswerte Leistung nach zweieinhalb Jahren.

Zankapfel Kinderbetreuung

Freundlich klingende Absichtserklärungen und – vor allem – Prüfaufträge, darauf beschränkt sich die Koalitionsvereinbarung. Auch bei diesem Thema.

Mai 2006, die SPD-Sozialministerin hatte einige zaghafte Vorstöße gewagt, so zu Gratis-Kindergärten bis zum Jahr 2011.

Entschieden zu viel für die CDU: „Schließlich haben wir uns in der Koalitionsvereinbarung dazu verpflichtet, die Nettokreditaufnahme bis spätestens 2011 auf Null zurückzuführen. Dieses ehrgeizige Ziel werden wir nicht durch Ausgabensteigerungen in einem Feld, in dem wir ohnehin schon die bundesdeutsche Spitze bilden, erreichen.“ Das klingt nach Basta-Politik und ist auch so gemeint.



Oktober 2007, auch die CDU wirbt nun für ein kostenloses letztes Kindergartenjahr, die SPD wird mutig: „Aus unserer Sicht ist es im ersten Schritt notwendig, die Qualität der Bildung im Kindergarten zu erhöhen und dieses Angebot ohne Ausnahme für alle Kinder zugänglich zu machen. Diese Maßnahmen kommen den Kindern zugute. Erst im zweiten Schritt wollen wir die Kostenfreiheit, die zuallererst eine Entlastung der Eltern bedeutet.“ Und nun müsse man halt mal drüber reden.

Das geschah wohl auch, das Resultat ist bekannt: Es gibt in Sachsen-Anhalt nach wie vor keinen Anspruch aller Kinder auf Ganztagsbetreuung, und die Chancen der SPD, dies mit der CDU ändern zu können, belaufen sich auf exakt 0 Prozent.

Mindestlohn? Vergesst es!

Die Koalitionsvereinbarung spricht wenigstens noch von Empfehlungen, die zur Einführung von Mindestlöhnen abgegeben werden sollen.



Die CDU überlässt das Feld gerne ihrer Mittelstandsvereinigung: „Mindestlöhne würden keinen einzigen Arbeitsplatz schaffen“, „Flächendeckende Mindestlöhne sind Gift für die Wirtschaft“, „Hunderttausende Arbeitslose dauerhaft vom ersten Arbeitsmarkt abgeschnitten“ usw. usw. Vorsitzender der Mittelstandsvereinigung ist der Parlamentarische Geschäftsführer und wirtschaftspolitische Sprecher der Fraktion der CDU.

Immerhin – der Vorsitzende der CDU-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt ist im *August 2006* einer der Erstunterzeichner des Aufrufs des Bündnisses Mindestlohn Sachsen-Anhalt „Von Arbeit muss man leben können! Mindestlöhne sind notwendig. Für die gerechte Entlohnung von Arbeitsleistungen.“ Ein Rufer in der Wüste.

Die SPD wirbt für Mindestlohn, außerhalb des Landtages gar mit beachtlicher Konsequenz. Anhörungen im Landtag, unlängst (als regierungstragende Fraktion!) eine umfänglich Anfrage an die Landesregierung zu prekärer Arbeit und Entlohnung in Sachsen-Anhalt – alles schön und gut.

Wenn es im Landtag konkret wird, bleibt davon nichts übrig. Wie bei der Kinderbetreuung befindet sich die SPD in babylonischer Gefangenschaft, in fester Umarmung der CDU. Der mögliche Sprung über den eigenen Schatten gelingt nicht.

Im Visier des Fiskus: Personal im Öffentlichen Dienst

„Die Koalitionsparteien sind sich einig, dass der Personalabbau in der Landesverwaltung in Anbetracht der demografischen Entwicklung und der Haushaltssituation kontinuierlich fortgeführt werden muss. Die Koalitionspartner sind sich einig, dass eine jährliche Abbaurate von mindestens 2.000 Planstellen/Stellen zu vollziehen ist.“ – so der Wille der Koalition.

Sehr schnell wird klar: Die Messlatte ist der Durchschnitt, beispielsweise der anderen Bundesländer. Was öffentlich wurde, ließ vermuten, dass es aus der Landesbuchhaltung kommt. Personalpolitik stellte sich als Finanzpolitik mit anderen Mitteln dar.



© Marco Barnebeck/PIXELIO

Aufgabenbezogene Personalentwicklung bleibt glatte Fehlanzeige, die Kuh grüßt aus dem Dorfteich. Absicherung der Öffentlichen Daseinsvorsorge ist nicht gefragt, es geht um ein lupenreines Abbaukonzept. Und dabei immer flott voran das SPD-geführte Finanzministerium, dessen primäre Aufgabe darin zu liegen scheint, die Durchschnittszahlen anderer Länder zu ermitteln und das Ergebnis als politisches Konzept zu verkaufen.

Verschärft wird die Situation dadurch, dass junge Leute keine Perspektive im Öffentlichen Dienst haben, es gibt kaum Neuein-

stellungen. Bei all dem herrscht scheinbar Einigkeit in der Koalition. Doch auch hier lugt der Koalitionswist aus dem Knopfloch. So mahnt die CDU im Juli 2008 ganz väterlich: „Personalabbau bei der Polizei nur mit Augenmaß“. Und dann die Quadratur des Kreises: Auch wenn Einsparungen im Öffentlichen Dienst des Landes ohne Alternative blieben, dürfe dies nicht zu Lasten der Sicherheit der sachsen-anhaltischen Bevölkerung gehen.

Fakt bleibt: Das SPD-geführte Innenministerium muss bluten, die Zahl der Polizistinnen und Polizisten wird drastisch sinken, das CDU-nahe Kultusministerium (der Minister ist zum Verdruss der Partei parteilos) kommt bei Schulen und Hochschulen zunächst mit einem blauen Auge davon, obwohl auch hier genügend Probleme vorprogrammiert sind.

Trauerspiel Verwaltungsreform

Die Reform der öffentlichen Verwaltung und der Behördenstruktur des Landes sollte einer der Glanzpunkte der Koalition werden. Aber das große Werk verkam zu Stückwerk. Ob Polizei, Justiz, Finanzen oder Forst – alles wirkte eher planlos, isoliert, nicht mit der Entwicklung des Landes verknüpft.



Und auch hier heftige Querelen, so bemerkt der innenpolitische Sprecher der CDU zur vom SPD-geführten Innenministerium geplanten Polizeistrukturreform: „Ich erwarte, dass das Konzept mit den Regierungsfractionen abgestimmt wird, damit die CDU sich in den Prozess einbringen kann.“

Streit auch bei den Finanzämtern, deren Neustrukturierung soll viel Geld sparen, was selbst der finanzpolitische Sprecher der

CDU so recht nicht glauben mag: „Die vom Finanzministerium als erhaltenswert bevorzugten Standorte werden wir uns im Parlament ganz genau anschauen und überprüfen, ob sie sowohl unter Kostengesichtspunkten und als auch nach dem Prinzip der regionalen Ausgewogenheit die richtige Wahl sind.“ Und der Raumordnungspolitiker der CDU setzt nach: Vorschläge für Behördenstandorte aus den einzelnen Ministerien einer Gesamtabwägung im Kabinett zu unterziehen sei ein normaler Vorgang und taue nicht für Schaukämpfe innerhalb der Koalition.

Die Retourkutsche folgt, Anlass ist die unter CDU-Regie durchgebrachte Forststrukturreform. Aus der SPD-Fraktion heißt es: „Anhörung zur Forststrukturreform deckt Defizite auf – SPD hält Korrekturen für dringend erforderlich“.

Weitaus gravierender ist der Umstand, dass es hinsichtlich der notwendigen Verlagerung von Aufgaben vom Land zu den Kommunen keine erkennbaren Konturen gibt. Damit läuft die dringend notwendige Funktionalreform ins Leere. 2008 sollte das Jahr eben dieser Funktionalreform sein, aber auch hier wieder nur – Fehlanzeige.

Der Ministerpräsident in Persona hatte das Jahr 2008 als „Jahr der Funktionalreform“ ausgerufen. Im September selbigen Jahres erklärt er dem Landtag: „Bis zum heutigen Tag steht aus der Sicht der Landesregierung noch nichts endgültig fest.“

Nichts Neues in Sachen Kommunalfinanzen

Hehre Ankündigungen in der Koalitionsvereinbarung: „Das Land unterstützt die Kommunen bei der Konsolidierung ihrer Haushalte durch den Abbau überflüssiger Regulierungen und Standards sowie durch Aufgabenverzicht. Dafür schließen das Land und die Kommunen eine Konsolidierungspartnerschaft. Der kommunale Finanzausgleich sorgt für eine verlässliche Grundlage der Leistungsfähigkeit der Kommunen.“

Im *Februar 2007* klingt das so: „Der für Landesentwicklung zuständige Sprecher der CDU-Landtagsfraktion ... hat die SPD davor gewarnt, die Situation der Kommunalfinanzen zum Anlass zu nehmen, ihre alten, nicht mehrheitsfähigen Politikkonzepte durch die Hintertür erneut ins Gespräch zu bringen.“

Zum *Jahresbeginn 2008* (!) erklärt die CDU: „Die Landesregierung muss eine schlüssige Vorlage zur Neujustierung des kommunalen Finanzausgleichs (FAG) vorlegen.“ Diese Arbeiten werde die CDU-

Fraktion von Anfang an begleiten. Im Klartext bedeutet das, es ist noch nichts passiert. Konsolidierungspartnerschaft etc. etc. – alles leere Worte.

Mai 2008, die SPD kontert, der Schwarze Peter liege bei der CDU: „Soviel Unverfrorenheit sucht ihresgleichen. Wenn die CDU jetzt dringenden Handlungsbedarf beim Finanzausgleichsgesetz sieht, steht das im völligen Widerspruch zu ihrem bisherigen Verhalten, denn beim Thema FAG hat die CDU-Fraktion bisher nur ihre Bremsqualitäten unter Beweis gestellt. ... Es ist also nur ein durchsichtiges Ablenkungsmanöver, wenn einige Protagonisten in der CDU mit dem Finger auf die Regierung zeigen, denn die Meinungsbildung in der CDU kann das Kabinett nicht erledigen. Das muss sie schon selbst tun. Darum kann sie den Schwarzen Peter gern behalten.“

Die dringend reformbedürftige Kommunalfinanzierung verkommt zum Schwarze-Peter-Spiel – den Kommunen, von denen kaum noch eine einen ausgeglichenen Haushalt aufstellen kann, ist damit nicht geholfen.

Zwei Parlamentarische Untersuchungsausschüsse in zwei Jahren – eine stolze Bilanz!

Wenn es irgendwo im Lande stinkt, hat das Parlament – die Opposition im Besonderen – das Instrument des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses. Dieser soll dann herausfinden, ob und inwieweit die Landesregierung und ihre nachgeordneten Behörden für den jeweiligen Gestank Verantwortung tragen.

Fall 1: Die Vorgänge in der Polizeidirektion Dessau

Anfang *Juli 2007* war das Maß voll, nach Medienberichten hatte ein dortiger leitender Polizeibeamter offenkundig versucht, drei Staatsschützer in ihrem Engagement im Kampf gegen Rechts auszubremsen, ein Untersuchungsausschuss ist unumgänglich.

Seiner Einsetzung ging eine der heftigsten Kontroversen der bisherigen Koalitionsgeschichte voraus. Die CDU ließ die Neigung erkennen, der Einsetzung dieses Untersuchungsausschusses zuzustimmen.

Der Wutschrei der SPD folgte prompt: „Die öffentliche Aufforderung der CDU-Fraktion, einem Untersuchungsausschuss gegen

die eigene Landesregierung zuzustimmen, die weder mit uns als Koalitionspartner noch mit den Mitgliedern der Landesregierung abgestimmt war, ist eine offene Brückierung der gesamten Landesregierung.“



Einen Tag später Entwarnung: Die Koalition wird sich hinsichtlich der Ausschusseinsetzung in Enthaltung üben. Für den Augenblick ist es gut, aber der dem Innenminister gewidmete Dolch im CDU-Gewande ist damit längst nicht zerbrochen.

Ein weiterer Aspekt in diesem Kontext ist die im Innenministerium auf wundersame Weise veränderte Zählweise rechtsextremer Delikte. Die Sache wird vom Minister korrigiert, was folgende Reaktion zeitigt: „Da diese Zählart bisher in Sachsen-Anhalt nicht üblich war und auch in den übrigen Bundesländern so nicht angewandt wird, erstaunt es nicht, dass die Zahl der rechtsextremistischen Straftaten in Sachsen-Anhalt hochschnellt. Mit der veränderten Zählweise wird billigend in Kauf genommen, dass der Ruf Sachsen-Anhalts negativ in der Weise besetzt wird, dass es sich um ein in Teilen „braunes Bundesland“ handelt. Diesem Eindruck tritt die CDU-Fraktion – in dem Wissen, dass jede extremistische Straftat eine zu viel ist – entschieden entgegen.“ Immer wieder die Statistik ...

Fall 2: Es stinkt tatsächlich

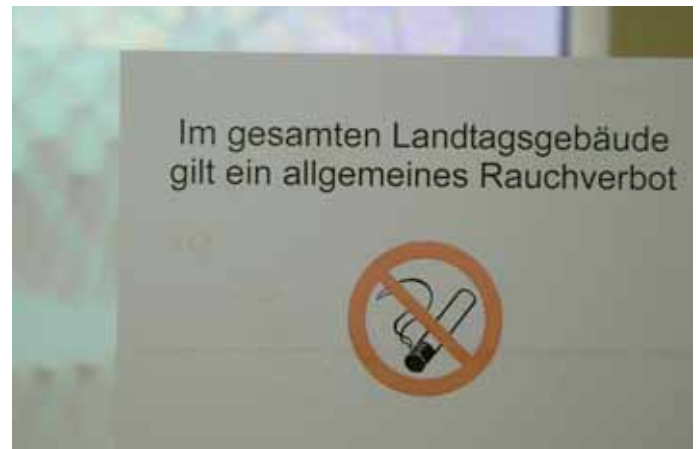
Wieder einmal die Medien – es geht um illegale Mülleinlagerungen. Kaum thematisiert, gibt es heftige Querelen zwischen zwei CDU-geführten Ministerien: Wer ist verantwortlich? Wer könnte gar Schuld an den Ereignissen tragen? Der Müll selbst gerät darüber fast in Vergessenheit.

Aus der CDU war zunächst zu hören, der Ausschuss sei völlig überflüssig, das könne alles im Umweltausschuss geklärt werden. Dann plötzlich wollte die CDU erneut das Thema okkupieren, ein von der Mehrheit eingesetzter Ausschuss sei völlig in Ordnung. Dem Müll war das ziemlich egal, der Opposition auch. Der Ausschuss arbeitet, schließlich ist illegale Abfallentsorgung noch immer nicht von parlamentarischen Mehrheiten abhängig.

Koalitionssperlen: Rauchen, Hunde

Jedes der genannten Stichworte gäbe ein eigenes Kabinettstück her, wohl auch im doppelten Sinne. Allein – der Telegrammstil mag ausreichen.

Nichtraucherschutz ist ein wichtiges Anliegen, die SPD-Gesundheitsministerin hat sich ihm mit Verve verschrieben, sie legt ein entsprechendes Gesetz vor. Die Koalitionspartnerin CDU hat Änderungswünsche, diese werden pflichtgemäß berücksichtigt. Das Gesetz ruft Kläger auf den Plan, und das Landesverfassungsgericht befindet Teile des Gesetzes als nicht verfassungsgemäß. Derlei geschieht immer wieder.



Weitaus seltener jedoch dürfte es sein, dass die CDU als Mitverantwortliche für dieses – in Teilen verfassungswidrige – Gesetz ob des Urteils geradezu in Jubel ausbricht. Man hatte ja auch gar nichts damit zu tun. Im übrigen stellte die CDU nun klar, ein totales Rauchverbot in Gaststätten werde es mit ihr nicht geben. Ein weiteres Basta!

Der Schutz vor gefährlichen Hunden ist wichtig, also legt das Innenministerium einen entsprechenden Gesetzentwurf vor. Der wird glatt ignoriert.

CDU und SPD schalten sich direkt ein, mit konträren Vorstellungen. Es gibt wahrscheinlich in der gesamten Geschichte des Landtages kein anderes Einzelthema, zu dem sich zwei – noch dazu in einer Koalition verbundene – Fraktionen so heftig wie zahlreich über den Weg der Pressemitteilung ausgetauscht haben.

Erst unlängst war – zum wiederholten Male – erklärt worden, die Einigung sei perfekt. Doch oh Graus: Die ineinander verbissenen Kontrahentinnen mussten zur Kenntnis nehmen, dass neben den Glaubensfragen – guter Hund, böser Hund – auch noch Geld eine Rolle spielt. Und da hört sie bekanntlich auf, selbst die Freundschaft zum besten Freund des Menschen. Und in der Koalition hat man selbstredend ein neues Streitthema gefunden. Ausgang offen. Es gibt noch immer Optimisten, die eine Einigung in dieser Legislaturperiode für möglich halten. Schließlich wurde von der ja erst die Hälfte verschwendet.

Und über allem steht „Der Garant“

So war Ministerpräsident Böhmer im Jahr 2006 auf den Wahlplakaten zu sehen. Aber Garant wofür? Vielleicht noch immer Garant für den Zusammenhalt der Koalition, ganz sicher aber Garant für Unschärfe, für politische Pirouetten. Nun haben Pirouetten – mögen sie auch meisterhaft ausgeführt sein – einen entscheidenden Nachteil: Man bewegt sich zwar, kommt aber nicht vom Fleck.

Im Juni 2008 wird er mit diesen Worten zitiert: „Manche können es ja nicht erwarten, dass ich abkratze.“ Und meint damit die eigene Partei. Die Nachfolgedebatte ist wieder da. Vor längerem schon hatte er seinen Wirtschaftsminister als „geeigneten Kandidaten“ ins Spiel gebracht, wollte seinem Nachfolger beizeiten Platz machen, damit dieser sich im Amte profilieren könne. Die Rechnung aber hat er ohne seine Partei gemacht. Inzwischen ist

sein Wirtschaftsminister auch nicht mehr „der einzige, der das Zeug dazu hat“. Dafür eiserner Durchhaltewille – Herr Böhmer macht unmissverständlich deutlich, dass er nicht daran denke, vorzeitig aufzuhören.

Wohl eher eine erzwungene Pirouette.



Schwankend und ambivalent ist die Haltung des Ministerpräsidenten in Sachen Mindestlohn. Im Juli 2006 sprach er sich in einem Interview mit der Berliner Zeitung für einen gesetzlichen Mindestlohn aus, er halte das britische Modell für denkbar, zunächst eine relativ moderate Lohnuntergrenze einzuführen und diese dann schrittweise anzuheben. Schon im März 2007 wendet er sich gemeinsam mit seinen Kollegen aus Sachsen und Thüringen „prinzipiell“ gegen die Einführung von Mindestlöhnen in Deutschland. Im Dezember des selben Jahres stimmt er dem Post-Mindestlohn zu und ermuntert die Tarifparteien, „auch für sich selbst verbindlich eine Untergrenze einzuziehen“. Um schließlich im Mai 2008 festzustellen, dass Mindestlöhne für die Armutsbekämpfung in den neuen Bundesländern ungeeignet seien.

Ja, so wünscht man sich den Landesvater, den „Garanten“: klar und verlässlich in seinen Aussagen.

Viel Rauch verbreitet der Ministerpräsident auch in Sachen Nichtraucherschutz. Juni 2006, Süddeutsche Zeitung: „Ich bin eindeu-

tig für Rauchverbote“, sagte Böhmer. „Die Begründung steht dafür auf jeder Zigarettenschachtel.“ Und plädiert gemeinsam mit seinem sächsischen Kollegen gleich noch für ein Rauchverbot auch in Gaststätten. *August 2007*, das selbe Blatt: „Ministerpräsident Wolfgang Böhmer (CDU) kann sich Raucherlizenzen für einzelne Eckkneipen durchaus vorstellen, die Gesundheitsministerin Gerlinde Kuppe (SPD) aber nicht.“ Eine perfekte Pirouette, und das Thema ist ja im Lande nicht abgeschlossen.

Bemerkenswert sind die differierenden Positionen des Ministerpräsidenten zur LINKEN. Das ist nicht neu, dafür aber immer wieder verblüffend, für seine eigene Partei wohl am meisten. Erst jüngst, im *Juli 2008* erfährt die staunende Öffentlichkeit aus dem Munde von Herrn Böhmer: „Was ich an der Linkspartei respektiere, ist ihre sehr intensive Basisarbeit und das fehlt mir bei der CDU.“ Eine Koalition zwischen CDU und der LINKEN schließe er nicht für alle Zeiten aus.

War alles nicht so gemeint mit Koalitionen und so, klingt es *einen Monat* später: „Da ging es mir nicht um irgendeine Partei.“ Und natürlich müsse man sich inhaltlich auseinandersetzen: „Was die wollen, geht in einem weltoffenen, freiheitlichen Gesellschaftssystem nicht. Dazu müsste man wieder abgeschottete Wirt-

schaftsgebiete schaffen. Und das läuft nur, wenn man die Menschen wieder einsperrt.“ Und das bereitet die Linkspartei mit ihrer intensiven Basisarbeit wohl vor ...

Ein sehr schlimmes Kapitel Ministerpräsident Böhmer darf nicht unterschlagen werden. Seine Äußerungen zu Kindstötungen: „Ich erkläre sie vor allem mit einer leichtfertigeren Einstellung zu werdendem Leben in den neuen Ländern. In der DDR wurde 1972 der Schwangerschaftsabbruch bis zur zwölften Woche freigegeben. Die Frauen entschieden ganz allein. Manche kamen grinsend zu uns ins Krankenhaus und sagten nur: „Wegmachen“, weil sie einen Platz für einen Urlaub an der Schwarzmeerküste hatten. Eine solche Einstellung zum Leben wirkt bis heute nach. Es kommt mir so vor, als ob Kindstötungen – die es allerdings immer schon gab – ein Mittel der Familienplanung seien.“ Einem bundesweiten Proteststurm zum Trotz – diesmal bleibt er standhaft. Vor dem Landtag sagt er zwar: „Ich bin bereit, mich bei den Müttern mit DDR-Biografie zu entschuldigen, für die das alles nicht zutrifft.“ Die liberale Abtreibungspraxis in der DDR jedoch habe einen Wertewandel verursacht und sei deshalb eine der Ursachen für Fälle von Kindstötungen.

Hier spricht der Ministerpräsident – für sich.

Alternativen der LINKEN: Eine politische Bilanz

Barrierefreiheit

Nach mehreren Anläufen erreichte DIE LINKE im Jahr 2007 endlich, dass der Landtag alle Ministerien beauftragte, eine Bestandsaufnahme zur Barrierefreiheit in Sachsen-Anhalt vorzunehmen. Ziel ist die Erarbeitung eines Aktionsprogramms Barrierefreies Sachsen-Anhalt. Denn nur ein barrierefreies Sachsen-Anhalt ist ein menschliches und zukunftsfähiges Land!

Bildung

Für DIE LINKE ist Bildung Menschenrecht, Grundlage für eine demokratische und solidarische Gesellschaft. Deshalb wiegt die Einschränkung von Bildungschancen schwer. Auch die Wirtschaft klagt, dass die Schulabgängerinnen und Schulabgänger zu wenig können. DIE LINKE hat die Intentionen ihres Schulreformgesetzentwurfs, der auf längeres gemeinsames Lernen zielt und polytechnische Bildungselemente an allen Schulen vorsieht, als Diskussionsangebot dem Bildungskonvent unterbreitet. Wir streben eine sozialpädagogische Profilbildung an Schulen an. Jede Schülerin und jeder Schüler soll darauf vorbereitet werden, einen soliden mittleren Schulabschluss erlangen zu können, der ohne Ehrenrunden zum Abitur oder zu einem qualifizierten Beruf führt. Wir wollen alle Schulen in die Netzwerke der Förderzentren einbeziehen und schrittweise den gemeinsamen Unterricht – beginnend mit der Grundschule für Kinder mit und ohne sonderpädagogischen Förderbedarf – durchsetzen. Dazu benötigen wir neben den Lehrerinnen und Lehrern Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen sowie qualifizierte pädagogische Fachkräfte. Vor allem aber muss sich Schule wandeln, sie soll von einem Ort der Belehrung zu einem Ort des Lernens werden. Das erfordert auch differenzierte individuelle Anregung und Unterstützung.

Der Bildungskonvent, in dem laut Koalitionsvertrag zwischen CDU und SPD die inhaltliche Debatte zur Schulbildung geführt werden soll, erweist sich zunehmend als mündiges demokratisches Gremium. DIE LINKE will seine Transparenz erhöhen. Sie hat als erste dazu eine Web-Site geschaltet. Außerdem fahren Abgeordnete der LINKEN in die Landkreise, um über den Konvent zu informieren, und diskutieren mit Lehrern und Schülern über

strittige Fragen und Ergebnisse. „DIE LINKE im Bildungskonvent vor Ort“, heißt das. Das Interesse an diesen Veranstaltungen ist groß, denn Schulfragen bewegen alle Generationen. Ihre Erfahrungen wiederum werden gebraucht im Bildungskonvent. Wir fragen nach.



Mit der schülerbezogenen Lehrerstundenzuweisung an die Landkreise hat DIE LINKE ein neues Planungsmodell zur Schulentwicklungsplanung ins Gespräch gebracht. Unsere Forderung lautet: Die Rahmenbedingungen der Schulentwicklungsplanung in Einheit mit der Personalentwicklungsplanung zu sehen. Diese Perspektive wurde im Verlauf der Debatte von allen Fraktionen und auch von der Landesregierung übernommen.

DIE LINKE hat ein Graduiertenförderungsgesetz in den Landtag eingebracht, um Fachhochschulabsolventinnen und -absolventen stärker in Promotionsverfahren und wissenschaftliche Arbeit einzubeziehen und zu fördern. Für die graduierten Studierenden soll es höhere Stipendien geben, die sich an den Promotionsstipendien der von der Bundesregierung unterstützten Begabtenförderungswerke orientieren.

„Freie Fahrt für Bildung“, jahrelang wurde das Problem der Beförderungskosten für die Schülerinnen und Schüler der Klassen 11, 12 und 13 negiert. Die PDS hat sich bereits in ihrem Schulgesetzentwurf, den sie 1992 in den Landtag einbrachte, und in Folge immer wieder für eine kostenfreie Schülerbeförderung auch in den oberen Klassen eingesetzt, um eine soziale Auslese

zu verhindern. Erst im September 2008 kündigte der Finanzminister an, ab 2010 durch das Land eine kostenfreie Beförderung für alle Schülerinnen und Schüler zu ermöglichen. Dazu sollen 10 Mio. Euro mehr im Landeshaushalt bereitgestellt werden. Ein späterer Sieg, aber ein Sieg! Wir werden in den Haushaltsberatungen den Daumen darauf halten.

Europa

Für DIE LINKE ist die Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger am Projekt Europäische Union ein wichtiger Bestandteil ihrer politischen Arbeit. Deshalb setzen wir uns dafür ein, die Volksabstimmung über den europäischen Vertragsentwurf zu ermöglichen. Wichtig ist für uns, gerade jungen Menschen in vielen Kontakten die Chancen aufzuzeigen, die – auch mit den Wahlen zum Europaparlament – ein soziales und demokratisches Europa bietet.

Forstwesen

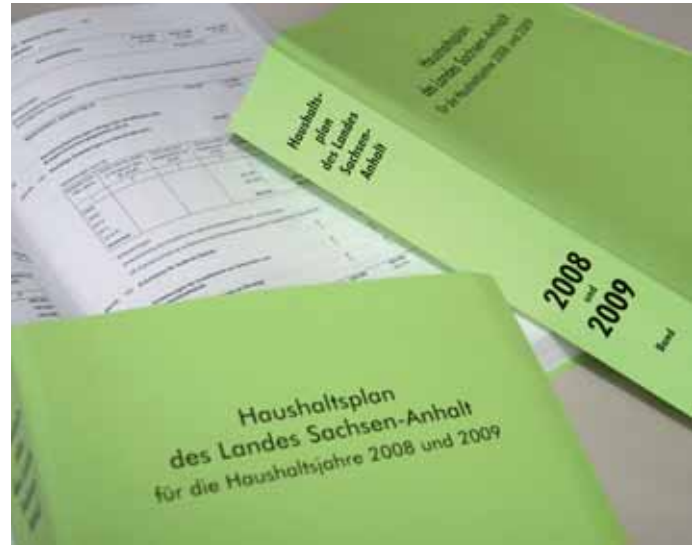
DIE LINKE hat sich konsequent für den Erhalt der Einheitsforstverwaltung ausgesprochen und steht der Forststrukturreform ablehnend gegenüber, da unter deren Bedingungen die wirtschaftliche Nutzung des Waldes immer mehr mit seiner ökologischen Bedeutung und dem Nachhaltigkeitsprinzip in Konflikt gerät.

Haushalt

Sparen hat für diese Landesregierung oberste Priorität. Was nutzt aber unseren Kindern ein schuldenfreies Sachsen-Anhalt ohne intakte Infrastruktur und intelligente Arbeitsplätze? Unser Ansatz: Nur Sparen reicht nicht für blühende Landschaften. Auch heute muss investiert werden, vor allem in Bildung, Wissenschaft und Forschung, damit Sachsen-Anhalt ein Wort mitreden kann in Deutschland und Europa. Alternativen sind nötig und möglich.

DIE LINKE hat im Jahr 2006 den Entwurf eines Kinderbetreuungsgesetzes vorgestellt. Zentrale Forderungen darin sind der Ganztagsanspruch auf einen Kita-Platz für alle Kinder, die Akademisierung der Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern sowie die Verankerung einer Wochenstunde Vor- und Nachbereitungszeit für jede Erzieherin und jeden Erzieher. Diese Forderungen

der LINKEN wurden im Landtag als unbezahlbar abgeschmettert. Der Bildungskonvent, in dem nicht nur Politikerinnen und Politiker, sondern auch Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler und andere Fachleute aus Wirtschaft, den Kirchen und gesellschaftlichen Einrichtungen mitwirken, hat jetzt der Landesregierung empfohlen, für jedes Kind einen ganztägigen Platz in den Kitas bereitzustellen – als Bildungs- und Erfahrungsraum für die Kinder und als Entwicklungsbedingung für das Land.



Uns wird vorgeworfen: DIE LINKE kann nur utopische Forderungen stellen, Geld ausgeben und nicht wirtschaften. Wahr ist: Wir haben ein Haushaltskonzept beschlossen, mit dem alle unsere alternativen Forderungen aus dem vorhandenen Geld bezahlt werden können. Der Ganztagsanspruch für alle Kinder in den Kindertagesstätten kostet beispielsweise genau so viel, wie die Zusatzausgaben (!), die der Verkehrsminister für die Landesstraßen angemeldet hat. Was wirklich leistbar ist, ist also keine Frage des Geldes, sondern der politischen Prioritätensetzung.

In den letzten Jahren hat sich das Land vor allem auf Kosten der Kommunen saniert, was 2008, insbesondere in den kreisfreien Städten und in der Mehrheit der Landkreise, zur völligen Überschuldung geführt hat. Unsere Forderung lautet, dass die Zahlungen an die Kommunen nur in dem Maße weiter abgesenkt werden können, wie diese bei den eigenen Steuereinnahmen das Normalmaß westdeutscher Kommunen erreichen. Diese Position

hat die Landesregierung mit dem Vorschlag eines Entschuldungsfonds weitgehend übernommen.

Innen- und Rechtspolitik

Drei Mal seit der Jahrtausendwende hat die heutige LINKE einen Entwurf eines Informationszugangsgesetzes vorgelegt, mit dem Bürgerinnen und Bürgern das Recht auf Einsicht in Verwaltungsentscheidungen gegeben werden soll. Der Zugang zu diesen Informationen ist ein Gebot transparenter Verwaltungspolitik und muss rechtlich geregelt sein. Erst 2007 gab die Landesregierung dem Druck nach einem Informationszugangsgesetz nach und legte einen eigenen Gesetzentwurf vor.

Auf Forderung der LINKEN wurde der 10. Parlamentarische Untersuchungsausschuss zur Aufklärung der Vorgänge in der Polizeidirektion Dessau eingesetzt. Seine Arbeit brachte bereits eine Reihe skandalöser Zustände im Bereich der Polizei und des Innenministeriums zu Tage. Der Untersuchungsausschuss arbeitet weiter, wahrscheinlich bis zum Ende der Legislaturperiode.

Die Forderung der LINKEN, im Jugendstrafvollzug den offenen Vollzug zum Regelvollzug zu machen, wurde von der Koalition abgelehnt. Erneut wurde damit eine Chance zu wirksamer Resozialisierung jugendlicher Straftäterinnen und -täter vertan.

DIE LINKE tritt ein für die Demokratisierung der Kommunalpolitik und fordert mehr Möglichkeiten der Einwohnerschaft zur selbstbestimmten Regelung ihrer Angelegenheiten. In der Aufstellung der kommunalen Haushalte gemeinsam mit den Einwohnerinnen und Einwohnern in Form eines „Bürgerhaushaltes“ sieht sie eine mobilisierende Erweiterung der repräsentativen Demokratie durch Formen der aktiven, direkten Demokratie.

Kommunaltour

Alle Abgeordneten der Fraktion der LINKEN besuchen zwei Mal im Jahr im Rahmen einer mehrwöchigen Kommunaltour alle Landkreise und die kreisfreien Städte Magdeburg, Halle und Dessau-Roßlau, um sich vor Ort zu informieren, wo der Schuh drückt. Es gibt Gespräche mit den Landräten, Bürgermeistern, Besuche von Betrieben, Bildungsinstituten, Kinder- und Jugendeinrichtungen und Vereinen. Das hat sich bewährt. Viele parlamentarische Aktivitäten resultieren daraus. So verstehen wir bürgernahe Politik.

Kultur

DIE LINKE kämpfte erfolgreich gegen die Kürzung der Landesmittel für die Theater im Doppelhaushalt 2008/09 und forderte vom Kultusminister ein Konzept zur künftigen Theaterentwicklung in Sachsen-Anhalt. Gemeinsam mit den anderen Fraktionen gelang es so, Theaterschließungen zu verhindern. Wir werten es auch als unseren Erfolg, dass der Finanzminister nun bei der mittelfristigen Finanzplanung des Landes auf Kürzungen im Kultur-etat verzichten will.

Aus einem langfristigen Projekt der LINKEN zur außerunterrichtlichen musikalischen Bildung von Kindern ist das Projekt „Musisch-ästhetische Bildung“ hervorgegangen. Mehr als 1500 Kinder erlernen unter Anleitung von Musikschullehrerinnen und Musikschullehrern an 65 Schulen ein Instrument zu spielen. Dadurch erhalten sie einen neuen Zugang zu Musik. Wir fordern die Verstärkung und Ausweitung des Projektes und haben erfolgreich um höhere Haushaltsmittel gekämpft, mit denen 500 weitere Schülerinnen und Schüler einen elementaren Instrumentalunterricht erhalten können. Inzwischen sind auch vier Kindertagesstätten in das Projekt einbezogen.

Landesentwicklung

Niemand darf auf ein privates Auto angewiesen sein, wenn er zum Arzt, ins Krankenhaus oder zur Behörde will. Das sind Forderungen der LINKEN an die zukünftige Landesentwicklung. Unser Ansatz für den Landesentwicklungsplan lautet: Öffentliche Daseinsvorsorge für die Bevölkerung Sachsen-Anhalts auf hohem Niveau gewährleisten. Dazu haben wir ein Leitbild zur räumlichen Gliederung der Öffentlichen Daseinsvorsorge vorgelegt und zur Diskussion gestellt. Die Landesregierung geht in ihren neuesten Planungen zur Landesentwicklung davon aus, dass alle Bürgerinnen und Bürger ein Auto haben, mit dem sie jederzeit schnell überall hinkommen. Und was machen die, die nicht über ein Auto verfügen? Wir wollen die Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen überall in Sachsen-Anhalt! Die darf nicht abhängig vom Privat-PKW sein! Das bedeutet: Öffentliche Daseinsvorsorge im Rahmen der Landesentwicklungsplanung muss auf einem funktionierenden Öffentlichen Personennahverkehr basieren! Ins Zentrum der künftigen Öffentlichen Daseinsvorsorge hat DIE LINKE die zunehmend als bedroht empfundene Bereitstellung

von Gütern bzw. den Zugang zu Dienstleistungen gestellt, das betrifft insbesondere Energie- und Wasserversorgung, Abfall- und Abwasserentsorgung, Wohnungswesen und öffentlichen Verkehr, Erziehung, Bildung und Kultur, Sport und Erholung, Gesundheits-, Kranken- und Wohlfahrtspflege sowie moderne Telekommunikation. Vor dem Hintergrund der zur Verfügung stehenden Mittel muss entschieden werden, inwieweit staatliche Subventionierungen möglich und sinnvoll sind, um die Daseinsvorsorge zu gewährleisten. Die Zielstellung der Angleichung der Lebensverhältnisse hat nicht nur eine räumliche Dimension, sie muss vor allem der sozialen Differenzierung in der Gesellschaft Rechnung tragen!

DIE LINKE geht in ihrem Leitbild der Öffentlichen Daseinsvorsorge von einem dreistufigen Modell aus: Oberzentren, Mittelzentren und grundzentrale Versorgungsräume. Wir lehnen die Festlegung von Grundzentren durch die Landespolitik ab, weil die künftigen Einheitsgemeinden genau die Größe von grundzentralen Versorgungsräumen haben werden und also ihre Entscheidungen zur Organisation der Öffentlichen Daseinsvorsorge selbst treffen können und sollen. Deshalb erübrigt sich jede weitere Spezifizierung durch die Landespolitik. Unser Leitbild geht von fünf Oberzentren aus, den drei bestehenden (Magdeburg, Halle und Dessau-Roßlau) sowie den beiden Zentren Halberstadt und Stendal für die Regionen Harz und Altmark. Künstlich geschaffene raumordnungspolitische Aufwertungskriterien für einzelne Orte, wie sie im Konzept des Ministers für Landesentwicklung und Verkehr auftauchen, lehnen wir entschieden ab.

Unsere Forderung lautete immer: Gebietsreformen nur mit einer Vereinfachung der Verwaltung und dem Abbau der Dreistufigkeit der Landesverwaltung. Die Landesregierung hat 2008 mit der Reduzierung der Zahl der Landkreise auf 11 eine halbherzige Gebietsreform vollzogen. Aber Kompetenzen abgeben dorthin, wo Probleme bürgernah entschieden werden, will sie nicht. Wir fordern eine substanzielle Aufgabenverlagerung vom Landesverwaltungsamt und den staatlichen Fachbehörden zu den kreisfreien Städten und Landkreisen. Dazu haben wir bei der gemeindlichen Gebietsreform zur Festschreibung der Funktionalreform eine Gesetzesänderung beantragt. Wir haben die Kommunalisierung der Familienförderung beantragt und ein Konzept für eine kommunale Sozialpauschale vorgelegt. Um zu Fortschritten bei der Aufgabenverlagerung nach unten zu kommen, hat DIE LINKE beantragt, den Landkreis Harz zur Modellregion für die Kommunalisierung von Verwaltungsaufgaben zu machen und regionalisierte,

landkreisübergreifende Varianten der Aufgabenwahrnehmung zu prüfen.

Landwirtschaft

DIE LINKE unterstützt die Landwirte in Sachsen-Anhalt in ihrer Kritik an den Vorschlägen der EU-Kommission zum Health-Check, denn diese richten sich gegen die moderne und nachhaltig ausgerichtete Agrarstruktur der neuen Bundesländer. Wir treten dafür ein, optimale Unternehmensgrößen mit hohem ökologischen und beschäftigungspolitischen Potenzial zu erhalten und zu entwickeln. Die betriebsgrößenabhängige Kappung von Direktzahlungen lehnen wir ab. Ebenso fordert DIE LINKE die Anpassung der Milchquote an die Erfordernisse des Marktes.

Personalentwicklung

Für eine planmäßige und aufgabengerechte Personalentwicklung im Öffentlichen Dienst forderte DIE LINKE die Einsetzung einer Enquetekommission. Hier werden Fachleute gehört und Empfehlungen an die Landesregierung erarbeitet. DIE LINKE hat - auch mit Blick auf die notwendige Funktionalreform - ihre Forderungen zur Personalentwicklung in einem Eckpunktepapier zusammengefasst und damit die Landesregierung herausgefordert.

Mit ihrer Sparwut treibt die Landesregierung immer mehr junge Leute aus dem Land. Gut ausgebildete Facharbeiterinnen und Facharbeiter sowie Hochschulabsolventinnen und -absolventen gehen weg, weil sie in Sachsen-Anhalt keine berufliche Perspektive haben. Welche junge Lehrerin, welcher junge Lehrer, welche Polizistin und welcher Polizist sollen denn Jahre warten, bis sie eine Stelle erhalten, noch dazu, wenn die Arbeit anderswo sofort willkommen ist und viel besser bezahlt wird? Sie gehen weg, und wir haben in fünf, sechs Jahren Lehrermangel, größere Schulklassen, Schulschließungen und immer weniger Polizei auf den Straßen. Wir fordern Neueinstellungen jetzt, wo die jungen Leute noch da sind und hier bleiben möchten! Statt der geplanten 300 sollen ab sofort jährlich 700 qualifizierte Hoch- und Fachschulabsolventinnen und -absolventen im Öffentlichen Dienst eingestellt werden. Mit dem gerade vorgelegten, neu gefassten Personalentwicklungskonzept ist der Finanzminister endlich, wenn auch zögerlich auf einige Forderungen der LINKEN eingegangen. Es

soll mehr Neueinstellungen bei der Polizei und im Schulbereich geben, das Hochschulpersonal wird nicht gekürzt, wenn die Studierendenzahl gleich bleibt.

Rechtsextremismus

Der jahrelange Kampf der LINKEN um den Erhalt der Gedenkstätte Lichtenburg war erfolgreich. Die Landesregierung hat die KZ-Gedenkstätte Lichtenburg in ihre Trägerschaft übernommen und garantiert damit, dass das erste KZ des faschistischen Deutschlands mahndend in Erinnerung behalten wird.



DIE LINKE hat unter dem Motto „Für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit in Sachsen-Anhalt“ ein Landesprogramm gegen Rechtsextremismus vorgelegt und arbeitet mit in der Kampagne der Landesregierung „Hingucken“ wie auch in der Demokratieoffensive „Einmischen“. Die Zukunft des Landes ist nicht gestaltbar mit den populistischen Parolen der Rechten. Widerstand gegen Rechts, Aufklären und Einbinden aller in die Demokratie – das ist unsere Maxime.

Solidarfonds

Aus den Diätenerhöhungen bildeten die Abgeordneten der LINKEN einen Solidaritätsfonds. Daraus wurden allein in der 5. Legislaturperiode mehr als 350 Projekte u.a. von Studierenden, Kinder- und Jugendeinrichtungen, Schulen, Vereinen oder Initiativen gegen Rechtsextremismus unterstützt. Seit Gründung des Solidarfonds im Jahr 1995 spendeten die Abgeordneten mehr als 660.000 Euro.

Sozialpolitik

Mit den Auswirkungen von Hartz IV auf Familien mit Kindern ist ein gravierendes Wachstum von Armut in Sachsen-Anhalt verbunden. DIE LINKE hat im Landtag mit verschiedenen Initiativen Diskussionen zum Komplex Strategien gegen Armut angestoßen. Konkret schlagen wir vor, den Kommunen mit einer „Kommunalen Sozialpauschale“ mehr Gestaltungsspielräume der sozialen Daseinsvorsorge einzuräumen. Unser Konzept eines „kommunalen Familienpasses“ soll den kommunalen Vertretungen ermöglichen, mehr kulturelle, sportliche und soziale Teilhabemöglichkeiten für Familien mit geringem Einkommen zu organisieren und diese finanziell zu unterstützen. Dazu haben wir vorgeschlagen, den Landkreisen die Fördermittel aus den vielfältigen Förderprogrammen des Landes für die Ausgestaltung familienpolitischer Maßnahmen zur Verfügung zu stellen.

Als Erfolg unserer Arbeit betrachten wir den Erhalt der Beratungsstellenlandschaft in Sachsen-Anhalt, deren Existenz in fast jeder Haushaltsdiskussion zu verteidigen ist.

Tourismus

DIE LINKE steht für einen Tourismus, an dem alle Menschen teilhaben können. Dazu gehören bezahlbare Klassenfahrten, dazu gehört ein Jugendtourismus, der Kindern und Jugendlichen schon frühzeitig Weltoffenheit und Toleranz vermittelt. Wir wollen den sanften Tourismus pflegen und fördern, der sowohl dem Bedürfnis nach Erholung und Bildung wie auch den Erfordernissen von Natur und Umwelt gerecht wird.

Umwelt

Linke Umweltpolitik ist dem Gedanken der Nachhaltigkeit verpflichtet. Daher hat DIE LINKE bereits zu Beginn der Legislaturperiode einen Nachhaltigkeitsbeirat für den Landtag gefordert, fand dafür bei der Koalition aber keine Gegenliebe, obwohl auch die SPD dies in ihrem Wahlprogramm gefordert hatte.

Weitere Vorhaben der LINKEN richteten sich auf die Gründung des Biosphärenreservats Südharz, die Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie und die kritische Bewertung der Forststrukturreform.

Verkehr

DIE LINKE fordert: Schluss mit weiteren Streckenstilllegungen bei der Deutsche Bahn AG als Vorbedingung für eine Teilprivatisierung der Bahn. Die finanziellen Mittel für den Ausbau der Infrastruktur und die Organisation eines angebotsorientierten schienengebundenen Personennahverkehrs sind so einzusetzen, dass in Verbindung mit dem straßengebundenen ÖPNV durchgängige attraktive Reiseketten entstehen. Dazu bedarf es einer Anschlussicherung beim Umstieg und einer angemessenen Finanzausstattung der Aufgabenträger des ÖPNV.



Wir haben gefordert: Keine militärische Nutzung des Flughafens Leipzig/Halle. Dazu beantragten wir die Streichung der Mittel zum Ausbau der überlangen Startbahn Süd und der Flugvorfelderweiterung für besonders schwere Militärtransportflugzeuge. Mehrfache Falschankünfte der Landesregierung, die von einer militärischen Nutzung des mitteldeutschen Luftdrehkreuzes nichts zu wissen vorgab, halten uns von unserer Forderung nicht ab.

Wirtschaft

Sachsen-Anhalt darf kein Niedriglohnland bleiben. Innovation statt Niedriglohn ist unsere Devise. DIE LINKE drängt auf die Erarbeitung einer neuen Innovationsstrategie und erhält dabei inzwischen von allen anderen Landtagsfraktionen Unterstützung.

Mit einem eigenen Gesetzentwurf verfolgt DIE LINKE das Ziel, das Kommunale Wirtschaftsrecht so zu verändern, dass kommunale Unternehmen gleichberechtigt zur Privatwirtschaft am Wettbewerb teilnehmen können. Wir beabsichtigen damit, die Sicherung wettbewerbsfähiger Arbeitsplätze und den Ausbau regionaler Wirtschaftsverflechtungen zu unterstützen.

DIE LINKE setzt den Kampf um einen auskömmlichen gesetzlichen Mindestlohn gegen die nach wie vor anhaltende Ausweitung des Niedriglohnsektors. Wenn die Würde des Menschen unantastbar sein soll, muss er von seiner Arbeit leben können. Staatliche Lohnergänzungsleistungen sind eigentlich der Bankrott der Marktwirtschaft. Die wachsende soziale Spaltung Sachsen-Anhalts ist eine Gefahr für die Zukunftsfähigkeit des Landes. Wir fordern: Arbeitslohn statt ALG II! 8 Euro gesetzlichen Mindest-Stundenlohn für alle! An dieser Stelle scheiden sich im Landtag die Geister. „Bürgerarbeit“ und „Kommunalkombi“ sind nur halbherzige Projekte für einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor.

Mit Hartz IV haben sich die Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten systematisch verschlechtert. Deshalb haben wir uns gegen die Zerschlagung der Telekom, der Deutschen Post AG, gegen die Verlängerung der Ladenöffnungszeiten gestellt. Beispiele wie Döppstadt, Enercon, Lidl oder Aldi, wo selbst Betriebsratswahlen verhindert werden, zeigen die Notwendigkeit politischer Einflussnahme überdeutlich.

Zur Erhöhung der Qualität von Vergabeentscheidungen sowie der Transparenz und Rechtssicherheit in diesem Bereich hat DIE LINKE ein einheitliches Vergabehandbuch gefordert. Die Landesregierung lehnt das ab. Lohndumping und Schwarzarbeit bleiben somit Teil des Geschäfts.

Mit Wohnungen kann man handeln. Die „Heuschrecken“ warten. Kommunalaufsicht und Gemeinden entdecken jetzt Wohnungsvorkäufe als Mittel zur Haushaltsentschuldung. Wenn aber alles weg ist, hat die öffentliche Hand auch kein Mitspracherecht mehr bei der Festlegung der Mieten. DIE LINKE fordert: Das darf nicht passieren! Wir haben einen Beschlussantrag zur Ablehnung von börsennotierten Immobilienaktiengeschäften (REITs) in das Parlament eingebracht. Unseren Vorschlag für den Einsatz von Mitteln der Investitionsbank zur Unterstützung der Wohnungsgesellschaften lehnte das Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr ab.

2006 wurde die Landesregierung von der LINKEN aufgefordert, ein Landesenergiekonzept vorzulegen. Das liegt nun zwar in seinen Grundzügen vor, muss aber weiter präzisiert werden, es geht uns um deutliche Akzente in Richtung einer nachhaltigen Energiewende.

DIE LINKE fordert: Von den Mehreinnahmen des Landes müssen auch die Bürgerinnen und Bürger etwas abbekommen. Denn nur mit erhöhter Kaufkraft im Land wird die Wirtschaft nachhaltig angekurbelt.

Soweit zur Halbzeit – abgerechnet wird im Jahr 2011!

Mitglieder der Fraktion DIE LINKE. im Landtag von Sachsen-Anhalt, SprecherInnenfunktion

Wulf Gallert	Fraktionsvorsitzender
Eva von Angern	Kinder-, Jugend- und Familienpolitik
Birke Bull	Sozialpolitik, Gleichstellungspolitik
Harry Czeke	Europapolitik, Tourismuspolitik und Forstpolitik
Sabine Dirlich	Arbeitsmarktpolitik, Seniorenpolitik
Dr. Detlef Eckert	Behindertenpolitik, Sportpolitik
Jutta Fiedler	Bildungspolitik
Stefan Gebhardt	Kultur- und Medienpolitik
Gerald Grünert	Kommunalpolitik
Uwe Heft	Verkehrspolitik
Guido Henke	Stadtumbau, Wohnungspolitik
Matthias Höhn	Bildungspolitik
Angelika Hunger	Verbraucherschutzpolitik, Energiepolitik
Dr. Angelika Klein	Finanz- und Haushaltspolitik
Dr. Uwe-Volkmar Köck	Landesentwicklung und Raumordnung
Hans-Jörg Krause	Agrarwirtschaft und ländliche Entwicklung
Hendrik Lange	Wissenschafts- und Hochschulpolitik, Technologiepolitik
André Lüderitz	Umweltpolitik
Hans-Joachim Mewes	Erwachsenen-, Aus- und Weiterbildungspolitik
Dr. Helga Paschke	Personal- und Verwaltungspolitik, Religionsfragen
Heidelinde Penndorf	Gesundheitspolitik
Dolores Rente	Asyl-, Flüchtlings- und Migrationspolitik
Edeltraud Rogée	Gewerkschaftspolitik und Arbeitnehmerrechte
Dr. Frank Thiel	Wirtschaftspolitik
Gudrun Tiede	Innenpolitik, Rechtspolitik, Rechtsextremismus

Kontakt

Landtag von Sachsen-Anhalt

Fraktion DIE LINKE

Domplatz 6-9

39104 Magdeburg

Telefon: 0391/560 50 03

Fax: 0391/560 50 08

Mail: fraktion@dielinke.lt.sachsen-anhalt.de

Web: www.linksfraktion-lsa.de

DIE LINKE.

Fraktion im Landtag von
Sachsen-Anhalt